

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 10

Artikel: Was man in der Schweiz über die US-Army kaum weiss
Autor: Kobe, Willi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141938>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenarbeit zu dienen. Kürzlich wurden diplomatische Beziehungen mit dem Senegal, mit Sambia und der Volksrepublik China aufgenommen.

Damit hat Peru dem Wunsch Ausdruck gegeben, ein internationales politisches System zu schaffen, das den Interessen aller Völker besser dient. Minister Mercado hat diesen Standpunkt auch an der Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Lusaka (Sambia) im September 1970 vertreten. Peru will, daß der Friede die Grundlage für den entscheidenden Beitrag der Weltgemeinschaft an die Entwicklung der Dritten Welt werde, im Geiste der UNO. Red.

Was man in der Schweiz über die US-Army kaum weiß

«Tote, Tote, ich will mehr Tote», hat der durch die offizielle Schweiz hochgeehrte USA-General Westmoreland in einem Saigoner Tagesbefehl gewünscht. Die in diesem militaristischen Wunsch zum Ausdruck gekommene Gesinnung schuf in den USA mit, eine massenhafte Friedensbewegung ins Leben zu rufen. Ihre Massen setzen sich nicht nur aus idealistischen Pazifisten, Studenten, Beatles und Bürgerrechtsanhängern zusammen, sondern nun auch aus Gewerkschaftern, Vietnam-Veteranen und aktiven Soldaten.

Diese neue Qualität der Demonstranten trat in den riesigen Demonstrationen in Washington und San Francisco am 24. April 1971 an die Öffentlichkeit, wie Manfred Stinnes in «Frieden und Gerechtigkeit», Heft 8, 1971, berichtet. Etwa zweitausend Vietnam-Veteranen und aktive Soldaten nahmen am Friedensmarsch von 500 000 Menschen am 24. April in Washington teil, als ein Zeichen für eine «antimilitaristische Bewegung, die aus der Erfahrung Tausender junger Menschen mit der Praxis der USA-Militärpolitik entstand.»

Schon seit Jahren wuchs eine rebellische GI-Bewegung heran, weil viele GIs mit ihrem Einsatz in interventionistischen Kriegen, innen- und außenpolitischen Polizei- und Repressionsoperationen nicht einverstanden waren. «Seit 1967 wurden schätzungsweise 200 000 Soldaten im Mannschaftsrang wegen Ungehorsam und Meuterei zu Gefängnisstrafen zwischen drei und acht Jahren verurteilt. Die seit 1967 eingezogenen Soldaten zeichneten sich zudem durch ein antimilitaristisches und politisch kritisches Bewußtsein aus. Die Anzahl der jährlich desertierten und der

zwangsweise, aus politischen Gründen, entlassenen Soldaten, soll 250 000 erreichen. Hinzu kommen die vielen Kriegsdienstverweigerer, von denen allein 40 000 in Kanada im Exil leben.»

Auch bis tief ins Offizierskorps frißt sich die Kritik an der offiziellen Kriegspolitik und die dahinterstehende Gesellschaftsstruktur hinein. «25 Prozent der Absolventen der berühmten Offiziersschulen in West-Point (Armee), Annapolis (Marine) und Colorado Springs (Luftwaffe) verlassen jährlich die Streitkräfte, obwohl ihnen eine ausgezeichnete Karriere offen steht. Sie kritisieren offen die amerikanische Außenpolitik. Inzwischen hat sich eine 'Concerned Officers Movement' (Bewegung besorgter Offiziere) gebildet, die gegen den Krieg in Vietnam aus moralischen und politischen Gründen opponiert. 28 Offiziere, die in den USA stationiert sind, verteilten im vergangenen Jahr ein Flugblatt, in dem sie von der Pflicht des 'loyalen Offiziers' sprachen, die Politik der Bundesregierung zu kritisieren.»

Die moralischen Gründe für eine Opposition sind nicht aus der Luft gegriffen. «Die Brutalität des Krieges zerstört Gefühle der Menschlichkeit, so daß schließlich auch die Fähigkeit gegen diese Brutalität im Namen der Menschlichkeit Widerstand zu leisten, verloren gehen kann. Interviewte Soldaten berichten, daß sie 'in eines dieser Monstren verwandelt werden', und 'umso unmenschlicher werden, je länger sie in Vietnam bleiben'. Psychiater der Stanford University in Kalifornien . . . beobachteten, daß alle Soldaten der Studie unter Schuldgefühlen leiden, die durch die befohlenen Erschießungen von Zivilisten hervorgerufen würden. . . . Das entscheidende Problem für viele Veteranen waren die Kriegsverbrechen, an denen sie teil hatten, und das nagende Gefühl, daß sie ihr Leben für nichts aufs Spiel gesetzt hatten.» Anläßlich der My Lai-Affäre bezeugten im Januar 1971 mehr als hundert Vietnam-Veteranen, daß «sie alle 'an Kriegsverbrechen in Südostasien teilgenommen hatten. Sie berichteten, wie sie vergewaltigten, toten Soldaten die Ohren und Köpfe abschnitten, Gefangene in die Luft sprengten, Dörfer dem Erdboden gleichmachten, Vieh vergifteten und das Land verwüsteten'.»

Als ein Symbol für die Reue über ihre Untaten und aus Protest gegen eine Regierung, die sie ihnen aufzwingt, «warfen die Veteranen am 23. April 1971 die Orden, die sie in Vietnam 'für Tapferkeit' erhalten hatten, auf die Stufen des Capitols. Höchste Orden (Purple Heart), die mit einer jährlichen finanziellen Unterstützung verbunden sind, wurden verächtlich abgegeben, weil diese Orden, wie die Veteranen befreit aufriefen, 'die Integrität unseres zukünftigen Lebens verneinen'».

Im Dezember 1967 wurde eine Soldatengewerkschaft (American Servicemen's Union) gegründet, um «die Mannschaft zu organisieren und Grundrechte für die GIs zu erkämpfen». Inzwischen zählt die ASU mehr als 10 000 Mitglieder, 100 Basisgruppen in Kasernen der USA, 60 in Übersee und 50 auf Kriegsschiffen. Eine Mitgliederzeitschrift erscheint

in einer «Auflage von 75 000 und berichtet über Forderungen und Anti-kriegsaktionen der GIs und Veteranen. . . . Die ASU unterstützt ganz besonders Soldaten, die in Vietnam Befehle verweigern. Solche Befehlsverweigerungen sind inzwischen so häufig geworden, daß die Armee die ungehorsamen Soldaten nicht zu bestrafen wagt, um größere Unruhen zu vermeiden.» Auf Flugblättern fordert die ASU auch auf «gegen das 'Komplott der USA Ölfirmen, den Krieg in Vietnam zu verlängern', zu protestieren.»

Die von Westmoreland gewünschten Toten stehen in den Gewissen ihrer Mörder wieder auf und fangen an, das gewalttätige Gefüge des militärisch-industriellen Komplexes von innen her aufzusprengen. Zunächst sind es die direkt Mitbeteiligten, die sich gegen das militaristische Regiment erheben. Sie verstärken in den USA die Hunderttausende von zivilen Kämpfern, die schon seit Jahren für den Frieden und die Gerechtigkeit, aufgrund der Menschlichkeit, appellieren. Allein, bis anhin schläft noch das Gewissen der im christlich-frommen nationalistischen Kirchenschlaf dahindämmernden «schweigenden Mehrheit». Es ist zu hoffen, daß die Zeugnisse von den Toten in Vietnam und anderswo, auch ihre Gewissen aufwecken werden. Wird dieses Erwachen das Morgenrot zu einem allgemeinen Erwachen der Gewissen über die ganze Welt hin werden? Werden immer weniger Menschen sich in den Dienst des Moloch «Militarismus» zwingen lassen? Kann dann der Tag der Menschlichkeit anbrechen, der durch gegenseitigen Dienst, der Einzelnen und der Nationen, gekennzeichnet ist, mit allem und jedem, das den Menschen zur Verfügung steht, sodaß jedem sein gerechter Anteil daran werden kann, bevor die Menschheit sich den allgemeinen A-B-C-Krieg-Untergang bereitet hat?

Willi Kobe.

Basler Regierung:

«Außerdienstliche Schießpflicht ist diskutabel»

Die Basler Regierung faßte sich ein Herz und schrieb einen mutigen Brief nach Bern (vgl. NZ, Nr. 362). Sie kam zum Schluß, daß die außerdienstliche Schießpflicht an sich «diskutabel» ist und daher ernsthaft überdacht werden muß. . . .

Polizeihauptmann Peter Flisch, Präsident der Baselstädtischen Schießkommission, wollte zum Vorprellen der Regierung nicht Stellung nehmen. Doch gab er unumwunden zu, daß er das obligatorische Schießen